

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Britta Katharina Dassler,
Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis,
Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer,
Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker,
Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Reinhard Houben,
Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert,
Pascal Kober, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Dr. Martin Neumann,
Dr. Wieland Schinnenburg, Jimmy Schulz, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta,
Judith Skudelny, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser,
Katja Suding, Michael Theurer, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Nicole Westig,
Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP**

Bekämpfung von Homo- und Transphobie im Sport

Aktuelle Umfragen zeigen, dass Homo- und Transphobie im Sport in Europa und weltweit weitaus weiter verbreitet ist, als angenommen. So kam die aktuelle EU-weite Studie OutSport zu dem Ergebnis, dass neun von zehn Befragten der Ansicht sind, dass Homophobie im Sport ein Problem sei. 12 Prozent derjenigen, die in den letzten zwölf Monaten sportlich aktiv waren, berichten in Bezug auf ihre Hauptsportart von negativen Erfahrungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität. Dieser Anteil ist unter den Transfrauen mit 31 Prozent am höchsten. Die häufigsten negativen Erfahrungen beziehen sich auf homophobe und transphobe Verunglimpfungen (82 Prozent) sowie Diskriminierungen (75 Prozent), wie zum Beispiel ungleiche Chancen. Alarmierend ist aus Sicht der Fragesteller auch die Häufigkeit, mit der physische Formen von Gewalt (20 Prozent) und physische Grenzüberschreitungen (36 Prozent) auftreten (vgl. <https://idw-online.de/de/news705625>). In einer internationalen Studie haben 2016 80 Prozent der Befragten angegeben, Schwulen- oder Lesbenfeindlichkeit im Sport beobachtet oder selbst erfahren zu haben (vgl. www.outonthefields.com/wp-content/uploads/2016/04/Out-on-the-Fields-Final-Report.pdf).

Die Bundesregierung plant, wie bereits zuvor im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigt, im Rahmen eines Nationalen Aktionsplanes Homophobie zu bekämpfen. Allerdings gibt es weiterhin keinen eigenständigen Nationalen Aktionsplan zu Homo- und Transphobie. Auch konkrete Maßnahmen, Homo- und Transphobie im Sport entgegenzutreten und zu bekämpfen, lassen sich aus Ansicht der Fragesteller bisher nicht finden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Projekte und Kampagnen werden zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie im Sport bzw. zur Sensibilisierung und Förderung von Akzeptanz im Sport mit Bundesmitteln finanziert (bitte nach Ressort und Höhe der Bundesmittel aufschlüsseln)?
2. Welches Ressort bearbeitet Homo- und Transphobie derzeit federführend?
3. Gab es Anträge zu Projekten gegen Homo- und Transphobie im Sport, die die Bundesregierung abgelehnt hat?
Wenn ja, warum?
4. Wie weit verbreitet ist nach Kenntnis der Bundesregierung Homo- und Transphobie im Sport in Deutschland?
Wie unterscheidet sich dies nach Sportarten, Regionen und Spitzen- und Breitensport?
5. Wie weit verbreitet ist Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität nach Kenntnissen der Bundesregierung im Sportbereich in Deutschland?
Wie unterscheidet sich dies nach Sportarten, Regionen und Spitzen- und Breitensport?
6. Welche aktuellen Forschungsprojekte, Befragungen und/oder Studien sind der Bundesregierung bekannt, die die Verbreitung von Homophobie im Sport in Deutschland untersuchen (bitte aufschlüsseln)?
7. Welche aktuellen Forschungsprojekte, Befragungen und/oder Studien sind der Bundesregierung bekannt, die die Verbreitung von Transphobie im Sport in Deutschland untersuchen (bitte aufschlüsseln)?
8. Welche aktuellen Forschungsprojekte, Befragungen und/oder Studien sind der Bundesregierung bekannt, die die aktuelle Situation von LGBTI-Sportlerinnen und LGBTI-Sportlern in Deutschland untersuchen (bitte aufschlüsseln)?
9. Hält die Bundesregierung die bestehenden Programme und Projekte für ausreichend, um das Problem der Homophobie im Sport anzugehen?
Falls ja, inwiefern?
Wenn nein, warum nicht, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung?
10. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf in der Anti-Diskriminierungsarbeit, Maßnahmen gegen Homo- und Transphobie im Sport zu fördern?
Wenn nein, warum nicht?
11. Sieht die Bundesregierung Bedarf für ein übergreifendes Projekt oder einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie im Sport, der über die bestehenden Projekte und Maßnahmen hinausgeht?
Wenn nein, warum nicht?
12. Wie viele Beratungsanfragen sind bei der Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes seit 2010 im Sportbereich (z. B. in Sportvereinen, bei Sportveranstaltungen oder im Sportunterricht) eingegangen (bitte nach Jahr aufschlüsseln)?
13. Wie viele von den Beratungsanfragen, die bei der ADS des Bundes seit 2010 im Sportbereich eingegangen sind, betrafen sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität (bitte nach Jahr aufschlüsseln)?
Welchen inhaltlichen Schwerpunkt hatten diese Anfragen?

14. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung über die ADS hinaus Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTI-Sportlerinnen und LSBTI-Sportler?
Wenn ja, sind diese aus Sicht der Bundesregierung ausreichend?
15. Welche Konfliktfälle zur Teilnahme trans- und intergeschlechtlicher Schülerinnen und Schüler an geschlechtsspezifischen Elementen des Sportunterrichts sind der Bundesregierung aus den letzten zehn Jahren bekannt?
Wie trägt die Bundesregierung zur Lösung dieser Konflikte bei?
16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzung des „Nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit“ (NKSS) im Bereich Homo- und Transphobie?
17. Sieht die Bundesregierung beim NKSS Nachbesserungsbedarf im Bereich Homo- und Transphobie?
 - a) Wenn nein, warum nicht?
 - b) Wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, das NKSS weiterzuentwickeln?
18. Beabsichtigt die Bundesregierung die Unterzeichnung des Übereinkommens des Europarats über einen integrierten Schutz, Sicherheit und Service-Ansatz bei Fußballspielen und anderen Sportveranstaltungen (Vertrag-Nr. 218)?
Wenn ja, wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitung auf die Unterzeichnung?
19. Inwiefern sind Anti-Diskriminierungsregeln in Vereinssatzungen und Stadionordnungen oder eine aktive Fan-Arbeit gegen Rassismus, Sexismus, Homo- und Transphobie über die Vergabe von Bundesmitteln entscheidend?
Sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf, Vergabe- und Förderungskriterien ggf. nachzubessern oder zu präzisieren?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, wann, und wie wird das geschehen?
20. Befindet sich die Bundesregierung zum Thema Homo- und Transphobie im Sport im Gespräch mit dem Deutschen Olympischen Sportbund oder anderen Spitzensportverbänden und/oder Breitensportverbänden?
Wenn ja, mit wem genau, und über welchen Inhalt wird verhandelt?
Wenn nein, warum nicht?
21. Befindet sich die Bundesregierung im Gespräch mit den zuständigen Länderministerien (i. d. R. Inneres und Sport) beispielsweise im Rahmen der Sportministerkonferenz, um auch die auf regionaler Ebene vorhandenen Erkenntnisse von Landessportbünden und Sportfachverbänden auf der Länderebene in Erfahrung zu bringen?
 - a) Wenn ja, welche Erkenntnisse liegen vor?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
22. Sollten nach Ansicht der Bundesregierung nur Leistungskriterien, wie z. B. bisherige Erfolge eines Verbandes, über die Mittelvergabe entscheiden?
Warum finden sich darunter keine Maßnahmen gegen Homo- und Transphobie?
23. Sieht die Bundesregierung im Bereich des Spitzensportes die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Steigerung der Vielfalt von Athletinnen und Athleten zu fördern, um Zugangsbarrieren aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität zu beseitigen (bitte erläutern)?

24. Wie beurteilt die Bundesregierung eine Erweiterung der Attribute zur Vergabe von Fördermitteln an den Spitzen- und Breitensport für Maßnahmen gegen Homo- und Transphobie?
25. Wie beurteilt die Bundesregierung eine Erweiterung der Attribute zur Vergabe von Fördermitteln an den Spitzen- und Breitensport für Maßnahmen gegen Rassismus?
26. Wie beurteilt die Bundesregierung eine Erweiterung der Attribute zur Vergabe von Fördermitteln an den Spitzen- und Breitensport für Maßnahmen gegen Sexismus?
27. Welche Konfliktfälle im Zusammenhang mit der Teilnahme trans- und intergeschlechtlicher Sportlerinnen und Sportler an geschlechtsspezifischen Wettbewerben sind der Bundesregierung aus den letzten zehn Jahren bekannt?

Wie trägt die Bundesregierung zur Lösung dieser Konflikte bei?

28. Welche konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie ergreifen die Bundesministerien für Verteidigung, des Innern, für Bau und Heimat und der Finanzen für ihre Sportlerinnen und Sportler in der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Zoll?
29. Ist die Bekämpfung von Homo- und Transphobie Thema der Schulungsinhalte der Trainerinnen und Trainer und Ausbilderinnen und Ausbilder der oben genannten Ressorts?
30. Wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund eines dritten Geschlechtseintrages künftig Empfehlungen geben oder Regelungen hinsichtlich der Teilnahme von Personen mit Geschlechtseintrag „divers“ an geschlechtsspezifischen Wettbewerben im Breiten- und Leistungssport sowie bei Bundeswehr, Bundespolizei und Zoll treffen?
31. Wie unterstützt die Bundesregierung Sportvereine und Sportverbände in der Aufklärung und Beratung der haupt- und ehrenamtlich Tätigen im Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Sport?
32. Inwiefern wird ein inklusives Angebot für Intersexuelle und Transgender (Umkleidekabinen, Duschen, WCs usw.) in der Förderung des Bundes für Sportstätten-Sanierung berücksichtigt?
33. Wie und in welchem Umfang fördert die Bundesregierung die Teilnahme deutscher Sportlerinnen und Sportler an den Gay Games?
34. Wie und in welchem Umfang haben nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Medien über die Teilnahme deutscher Sportlerinnen und Sportler an den Gay Games 2018 in Paris berichtet?
35. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung dazu, die Bekanntheit der Gay Games in der Öffentlichkeit zu erhöhen?

Berlin, den 12. Dezember 2018

Christian Lindner und Fraktion